Denk-Anstöße

Interessantes, Merkwürdiges und Nachdenkliches, gesammelt von Dietrich W. Thielenhaus

Der Autor dieser Kolumne ist als Inhaber der Marketing-Agentur Thielenhaus & Partner GmbH (Wuppertal) beruflich nicht nur mit dem SHK-Bereich, sondern auch mit zahlreichen anderen Branchen vertraut. Für die Leser der RAS formuliert er aus seinen Erfahrungen, Einblicken und Erkenntnissen allmonatlich „Denk-Anstöße", die über den Tag hinaus von Bedeutung sein könnten.

Dietrich W. Thielenhaus

Erholung unterbrochen

Die deutsche Wirtschaft ist mit deutlich weniger Elan in 2021 durchgestartet als noch vor wenigen Wochen erwartet. Der Bundeswirtschaftsminister musste seine Wachstumsprognose schon zum dritten Mal auf nun 3,0 % korrigieren. Mit weiteren Anpassungen ist infolge des verlängerten Lockdowns zu rechnen. GfK meldet für Februar „einen regelrechten Zusammenbruch der Anschaffungsneigung" bei den privaten Haushalten. Auch in den Chefetagen hat sich die Stimmung verschlechtert, wie der ifo Geschäftsklimaindex zeigt. So sind im Januar bei den Unternehmen nicht nur die Bewertungen der aktuellen Lage, sondern auch die Zukunftserwartungen – im Vergleich zum Vormonat – gefallen. Die zweite Corona-Welle hat die wirtschaftliche Erholung zumindest unterbrochen. Der Negativ-Trend hat das verarbeitende Gewerbe, Dienstleistung und Handel mit unterschiedlicher Intensität erfasst. Auch im Baugewerbe scheinen Wolken aufzuziehen. Sowohl bei der Einschätzung der aktuellen Lage wie bei dem Blick in die Zukunft hat die Skepsis zugenommen. Nach einer vermeintlichen Entspannung wächst derzeit die Angst vor der dritten Welle.

Kalte Enteignung

Es war der neue italienische Ministerpräsident Draghi, der mit seiner vorrangig auf die Interessen der EU-Schuldenländer ausgerichteten Zinspolitik vor allem Deutschland ein ebenso schweres wie teures Erbe hinterlassen hat. Einer neuen Untersuchung zufolge hat die „Whatever it takes"-Strategie den deutschen Sparern seit 2009 Verluste in Höhe von über 255 Mrd. Euro beschert. Im Dezember 2020 wurde mit 3,04 Mrd. Euro ein monatlicher Höchstwert verzeichnet. Nachvollziehbar werden diese eher abstrakt wirkenden Zahlen am Rechenbeispiel eines Kleinanlegers, der 2013 10.000 Euro zur erhofften Mehrung auf ein normal verzinstes Tagesgeldkonto eingebracht hat. Bis Ende 2020 hat sich diese Summe durch minimale Zinsen auf nominal 10.294 Euro erhöht. Unter Einbeziehung der von der EZB gewollten Inflation sank die reale Kaufkraft jedoch auf 9.439 Euro. Dass diese bewusste Enteignung auch institutionelle Großanleger trifft, zeigt das Beispiel der Deutschen Rentenversicherung, die allein zwischen 2017 und 2022 rund 355 Mio. Euro an Strafzinsen zu zahlen hat, was den monatlichen Beitragszahlungen von über 550.000 Durchschnittsverdienern entspricht.

Marktwirtschaft & Mittelstand

Trotz der vielfältigen Versuche in Politik und Medien, das System der sozialen Marktwirtschaft mit Raubtier- oder Manchester-Kapitalismus gleichzusetzen und für alle Fehlentwicklungen dieser Welt verantwortlich zu machen, scheinen die Deutschen gut zu wissen, was sie dem Erbe von Ludwig Erhard zu verdanken haben. So haben bei einer neuen Studie 78 % der Befragten erklärt, dass sich unsere Wirtschaftsordnung bewährt habe. Im Vergleich zu früheren Befragungen hat die Anerkennung gerade in der Corona-Krise zugenommen. Die hohe Akzeptanz ist vorrangig auf das positive Bild der mittelständischen Unternehmen in der Öffentlichkeit zurückzuführen, die mit 3,5 Mio. Betrieben 99,5 % aller Unternehmen ausmachen.

Mehr Staat – weniger Freiheit?

Die Pandemie wird von vielen Akteuren genutzt, um möglichst „unauffällig" ihre politischen Intentionen zu verfolgen und durchzusetzen. Das gilt im Inland bei immer neuen Sozial- und Klima-Projekten ebenso wie auf europäischer Ebene bei Bestrebungen zur Erreichung und Festschreibung der Transfer- und Schuldenunion. Außerdem wächst im Wahljahr bekanntlich die parteipolitische Neigung, Wähler mit unterschiedlichsten Wohltaten und Gefälligkeiten zu beglücken. Dieses merkwürdige Mixtum compositum bestimmt das politische Geschehen und beschleunigt den ohnehin starken Trend, der auf mehr Staat und weniger Marktwirtschaft, mehr Reglementierung und weniger Freiheit sowie mehr Umverteilung und weniger Eigenverantwortung setzt. Planwirtschaftliches Denken, das unter dem Deckmantel der Solidarität daherkommt, ist dabei, sich auf leisen Pfoten zusätzliche Aktionsfelder und Spielräume zu erobern. So hat die „Energiewende" durch planwirtschaftliche Eingriffe die Preise erheblich erhöht und die Versorgungssicherheit gefährdet. So hat die Automobilindustrie nicht nur mit den Auswirkungen der Pandemie zu kämpfen, sondern auch mit politisch gewollten Verboten von Verbrennungsmotoren. Mehr als paradox ist: Der deutsche Staat, der sich immer stärker einmischt in private Freiräume seiner Bürger und in die unternehmerische Zukunftsgestaltung, versagt zunehmend bei der Wahrnehmung seiner originären Aufgaben wie der inneren und äußeren Sicherheit, dem Rechtswesen, der Bildung, der Infrastruktur und den digitalen Rahmenbedingungen. Dieser Wirtschaftsstandort segelt derzeit ohne klare Kursbestimmung schlingernd in zunehmend schwerer See. Lebensnotwendig wäre im Wahljahr 2021 zumindest eine Partei, die programmatisch und personell für die pragmatische Rückbesinnung auf die einzigartigen Systemvorteile der Marktwirtschaft steht und dafür antritt, sie von unnötigen Fesseln und bürokratischen Hemmnissen zu befreien. Aber dieses Partei-Angebot scheint nicht mehr verfügbar zu sein. Ein von Politikern und Medien seit Jahrzehnten vorgeführter Taschenspielertrick kann jedenfalls nicht mehr überzeugen. Oft sind es dieselben Akteure, die einerseits die Belastbarkeit der Wirtschaft unbegrenzt testen wollen und andererseits die dadurch eingeschränkte Beweglichkeit und Effizienz der Unternehmen im Deckmantel der „Systemkritik" an den Pranger stellen.